

Niederschrift

über die Sitzung am Dienstag, 08.06.2021,
im Kreishaus Borken, Großer Sitzungssaal (Raum 2180)

Beginn: 17:05 Uhr
Ende: 19:20 Uhr

Anwesend:

Vorsitz:

Annette Brun Heiden

Mitglieder:

Diana Ahler	Ahaus	Vertretung für Herrn Kassner
Maja Becker	Borken	
Michael Boland	Bocholt	
Barbara Büscher	Stadtlohn	
Katharina Detert	Gronau	
Nadine Heselhaus	Raesfeld	
Hildegard Höltermann	Vreden	
Gundula Homann	Reken	
Sergej Kernebeck	Gronau	
Daniela Kersting	Legden	
Anne König	Borken	
Franz Küstner-Rensing	Gronau	
Elena Raupach	Südlohn	
Veronika Schlosshan	Ahaus	
Mechthild Schulze Schwering	Velen	
Gerti Tanjsek	Bocholt	
Jens Terbeck	Bocholt	

beratende Mitglieder:

Dr. Thorsten Jacobi		
André Ludwig	Bocholt	
Silke Nürnberg		
Matthias Schlettert		
Annette Sühling		
Horst te Wilde		bis 18:40 Uhr
Martina Terfurth		
Reinhard Wehmschulte		

Gäste:

Johann Meiners	Leiter der Agentur für Arbeit Coesfeld
Uwe Neumann	Bezirksregierung Münster

Es fehlen entschuldigt:

Richard Kassner Velen

Vertreter/innen der Verwaltung:

Dr. Ansgar Hörster Kreisdirektor
Elisabeth Büning
Norbert Göcke
Sonja Bietenbeck

Erledigung der Tagesordnung:

Ausschussvorsitzende Brun eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Sie begrüßt die Gäste Herr Meiners von der Agentur für Arbeit und Herrn Neumann von der Bezirksregierung Münster. Des Weiteren gratuliert sie Herrn te Wilde zum Geburtstag.

Vorsitzende Brun stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Einwendungen gegen die Tagesordnung sowie die Niederschrift der letzten Sitzung werden nicht erhoben.

A. Öffentlicher Teil**Punkt 1: Schulentwicklungsplanung der Berufskollegs in Trägerschaft des
 Kreises Borken
 Vorlage: 0166/2021/KREIS**

Fachbereichsleiterin Büning stellt anhand einer Präsentation den Abschlussbericht der GEBIT zur Schulentwicklungsplanung der Berufskollegs vor und erläutert die Besonderheiten an den verschiedenen Standorten. Die demographische Entwicklung, die Veränderung der Schullandschaft und die Digitalisierung stelle alle Beteiligten vor große Herausforderungen. Es bestehe kein zusätzlicher Raumbedarf an Unterrichtsräumen, sondern ein Bedarf an Verwaltungs-, Beratungs- und Besprechungsräumen. Frau Büning hebt die gute Zusammenarbeit der Schulleitungen mit der Bezirksregierung und den Kammern hervor.

Frau Tansjek erkundigt sich nach der in der Vorlage benannten Hausmeisterwohnung auf dem Schulgelände am Campus Ahaus.

Frau Büning erklärt, dass die Wohnung schon länger nicht mehr als Hausmeisterwohnung genutzt worden sei. Sie sei anderweitig vermietet gewesen und stünde nun durch Auslaufen des Mietverhältnisses wieder zur Verfügung und soll für die Raumbedarfe der Schulen genutzt werden.

Auf die Frage von Herrn Küstner-Rensing nach weiteren verfügbaren Raumressourcen am Teilstandort Gronau informiert Frau Büning über fünf Klassenräume, die zum 01.08.2021 von der Stadt Gronau als Ausweichräume für die Dauer einer Baumaßnahme angemietet worden seien. Grundsätzlich könnten nicht genutzte Raumreserven für jedes Schuljahr neu verhandelt werden.

Herr Neumann von der Bezirksregierung Münster berichtet über eine erfolgreiche Prozessbegleitung in den vergangenen zwei Jahren. Der Bericht der GEBIT diene als Fundament, um vorausschauend planen zu können. Man müsse zukunftssträchtige Ausbildungsberufe anbieten, um dem Fachkräftemangel entgegen zu wirken. Zudem sei es wichtig, die Berufskollegs mit Fachlehrern zu versorgen. Hier sei der Kreis Borken gut aufgestellt, was auch an der guten Zusammenarbeit der Berufskollegs mit dem Schulträger und der Bezirksregierung liege.

Herr Ludwig fragt, ob das bisherige dreigliedrige Schulsystem - Hauptschulen, Realschulen, Gymnasien - auslaufen werde.

Durch die Bildung der Gesamtschulen habe sich die Schullandschaft verändert, erläutert Dr. Hörster. Politisch lasse sich wenig beeinflussen, letztlich würden die Eltern mit der Entscheidung über den Schulwechsel ihrer Kinder über den Erhalt der Schulformen entscheiden. Verbindliche Schulformempfehlungen gebe es nicht mehr. Besonders unter Druck stünden die Sekundarschulen. Von der Verringerung der Schülerzahlen aufgrund des demographischen Wandels seien grundsätzlich alle Schulen betroffen.

Der Ausschuss für Bildung und Schule nimmt den Bericht der GEBIT zur Schulentwicklungsplanung der Berufskollegs in Trägerschaft des Kreises Borken zur Kenntnis.

**Punkt 2: Einrichtung des neuen Bildungsganges Staatlich geprüfte Assistentin/staatlich geprüfter Assistent für Ernährung und Versorgung, Schwerpunkt Service am Berufskolleg Bocholt-West
Vorlage: 0101/2021/KREIS**

Dr. Hörster erklärt, dass die Einrichtung des neuen Bildungsganges keinen Widerspruch zur vorhergehenden Berichterstattung über die rückläufigen Schülerzahlen darstelle. Er bestätigt die Aussage von Herrn Neumann, dass zukunftssträchtige Ausbildungsberufe angeboten werden müssten, zumal wenn es eine entsprechende Nachfrage in der Region gebe. Diesem Bedarf käme man dadurch am Berufskolleg Bocholt-West nach.

Frau Kersting wünscht sich ein entsprechendes Angebot für den Nordkreis.

Man werde das Interesse an diesem Bildungsangebot in Bocholt evaluieren, so Fachbereichsleiterin Büning. Bei Bedarf und entsprechenden Schülerzahlen werde der Bildungsgang ggf. ausgeweitet.

Dr. Hörster ergänzt, dass im Nordkreis für die Einrichtung dieses Bildungsganges dann wohl vorrangig das Berufskolleg Lise-Meitner in Frage käme.

Beschluss: einstimmig

Vorbehaltlich der schulaufsichtlichen Genehmigung durch die Bezirksregierung Münster wird am Berufskolleg Bocholt-West ab dem Schuljahr 2021/2022 der Bildungsgang „Staatlich geprüfte Assistentin/staatliche geprüfter Assistent für Ernährung und Versorgung, Schwerpunkt Service“ nach Anlage B3 der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Berufskollegs (APO-BK) eingerichtet.

Punkt 3: Zwischenbericht zur Umsetzung des Landesvorhabens "Kein Abschluss ohne Anschluss - Übergang Schule - Beruf in NRW" (KAoA) unter besonderer Berücksichtigung des Ausbildungsmarktes
Vorlage: 0220/2021/KREIS

Dr. Hörster berichtet, dass die Duale Ausbildung von einem starken Wandel betroffen sei. Der Trend gehe allgemein zu einem höheren Schulabschluss. Er betont, wie schwierig es für die Jugendlichen sei, sich nach dem Schulabgang für eine berufliche Richtung zu entscheiden. Schüler*innen entschieden sich i.d.R. für das ihnen bekannte System Schule. Da ein Kennenlernen von Berufen mangels betrieblichen Praktika coronabedingt auf der Strecke geblieben sei, sei dieses Verhalten in diesem Jahr besonders stark ausgeprägt.

Dies bestätigt Herr Meiners, Leiter der Agentur für Arbeit Coesfeld. Die Berufsberatung sei eine freiwillige Angelegenheit, die mangels durchgeführter Elternveranstaltungen und Schulbesuchen durch die Beratungsfachkräfte der Arbeitsagentur in 2021 in geringem Maße in Anspruch genommen worden sei. Man stelle eine gewisse Lethargie bei den Schülern*innen fest, bedingt durch monatelangen Distanzunterricht. Besonders bei den Realschülern*innen sei festzustellen, dass sich diese größtenteils für einen schulischen Wechsel entschieden hätten.

Die Agentur für Arbeit wolle auch nach Corona weiterhin mit virtuellen Formaten parallel zu Präsenzveranstaltungen arbeiten, betont Herr Meiners. Insbesondere die Hotline für Schüler*innen und Eltern habe sich bewährt. Er freut sich, dass am Berufskolleg Borken in Kürze eine Aktionswoche stattfindet und auch die Berufsorientierungsmesse Ahaus in Planung sei.

Frau Becker möchte wissen, ob bestimmte Ausbildungsberufe besonders betroffen seien. Herr Meiners erwidert, es gäbe keine deutlichen Ausreißer hinsichtlich bestimmter Berufsbilder, vom Einzelhandel über Metallbau und Fachinformatik sei alles dabei. Insbesondere seien auch durchaus „attraktive“ Ausbildungsberufe (Vergütung, Image, Arbeitszeiten etc.) derzeit von einem Bewerberrückgang betroffen.

Auf die Frage von Frau Tansjek nach der Anzahl der teilnehmenden Betriebe an den Praxistagen, teilt Frau Büning mit, es seien ausreichend Betriebe, in der vergleichbaren Aktion 2020 waren es über 400. Sie betont, wie wichtig es sei, dass Jugendliche Betriebsluft schnupperten. Frau Büning wirbt aktiv dafür, dass die Ausschussmitglieder sich als Multiplikatoren verstehen sollten. Eine Vermittlung in Ausbildung sei weit über den 1.8. möglich. Auch schlechtere Zeugnisse seien kein Grund, sich nicht auf den Weg zu machen.

Selbst Praktika seien in den Sommerferien noch möglich, ergänzt Dr. Hörster.

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Kommunalen Koordinierungsstelle zum Landesvorhaben „Kein Abschluss ohne Anschluss – Übergang Schule-Beruf in NRW“ (KAoA) zur Kenntnis.

Punkt 4: Aktueller Sachstand DigitalPakt Schule
Vorlage: 0165/2021/KREIS

Frau Büning informiert die Ausschussmitglieder, dass die beantragten Fördermittel zur Verfügung stünden, die Umsetzung der Maßnahmen bedingt durch Lieferengpässe vereinzelt noch zögerlich verliefen.

Auf die Frage von Frau Ahler nach dem WLAN-Ausbau an der Overbergschule, Standort Ahaus bestätigt Herr Göcke den geplanten Ausbau und damit verbundene Liefer-schwierigkeiten von Switchen.

Frau Büning macht darauf aufmerksam, dass das Gebäude in Ahaus nicht Eigentum des Kreises Borken sei, aufgrund dessen Baumaßnahmen weitaus schwieriger umzusetzen seien. Ähnliche Erfahrungswerte habe man beim Berufskolleg Am Wasserturm, Bocholt.

Die hervorragende Arbeit des Kreises bezüglich der Beantragung der Fördermittel aus dem DigitalPakt NRW unterstreicht Herr Terbeck. Er macht allerdings darauf aufmerksam, dass die beste Technik wirkungslos sei, wenn es darum ginge, die Schüler*innen für die Teilnahme an digitalem Unterricht zu verpflichten. Er begrüßt die neue Stelle bei der kreiseigenen IT-Abteilung als Ansprechpartner für die Schulen.

Der Ausschuss für Bildung und Schule nimmt den aktuellen Sachstand zum Digitalpakt Schule zur Kenntnis.

**Punkt 5: Zentrale Servicestelle für schulischen IT-Support;
Antrag der SPD-Fraktion v. 26.05.2021
Vorlage: 0226/2021/KREIS**

Aufgrund des monatelangen Distanzunterrichts sei der Wunsch nach einheitlichen Standards und einer Bündelung von Fachwissen entstanden, begründet Frau Heselhaus den Antrag der SPD-Fraktion.

Dr. Hörster verweist auf die den Ausschussmitgliedern vorliegende Stellungnahme der Verwaltung (s. Tischvorlage). Er sei überrascht von dem Antrag, da ein entsprechender Wunsch der Städte und Gemeinden nicht bekannt sei – obgleich es einen regelmäßigen Austausch mit den kommunalen Schulträgern gebe. Ein zentraler IT-Support sei aufgrund der heterogenen Struktur seiner Meinung nach nicht sinnvoll und schwer leistbar.

Frau Büning ergänzt, dass die heterogene Struktur über Jahre gewachsen sei und jeder Schulträger/jede Schule für sich eine geeignete Lösung angestrebt hätte. Aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten sei eine zentrale Lösung ungeeignet.

Anders hingegen habe sich der Kreis Borken als Schulträger für die Berufskollegs und Förderschulen aufgestellt. Wie unter Tagesordnungspunkt 1 dargestellt, habe der Kreis mit Hilfe der Schulentwicklungsplanung einheitliche Gebäudestandards sowie ein Musterklassenraum-Konzept entwickelt.

Die Auffassung der Verwaltung werde von der UWG-Fraktion unterstützt, erklärt Herr Küstner-Rensing. Ein (kreisweiter) zentraler Support sei organisatorisch undenkbar und von den autark handelnden Schulen auch nicht gewollt.

Der Antrag der SPD-Fraktion werde zurückgenommen, erklärt Frau Heselhaus.

**Punkt 6: Sachstand Corona-Krisenmanagement des Kreises Borken
Vorlage: 0175/2021/KREIS**

Der erhebliche Testaufwand in Form von Lolli- und Selbsttests in den Schulen sei eine flankierende Maßnahme, um an den Schulen mehr und mehr in die Normalität zurückzukehren, teilt Dr. Hörster mit. Über die Situation der durch die Corona-Beschränkungen belasteten Kinder und Jugendlichen habe die Verwaltung im Jugendhilfeausschuss, im Ausschuss für Kultur und Sport sowie unter TOP 3 der heutigen Sitzung unter verschiedenen Blickwinkeln berichtet.

Der Sachstand zum Corona-Krisenmanagement des Kreises Borken wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 7: Aktueller Stand der Integrationsarbeit und der Entwicklung der Flüchtlingszahlen
Vorlage: 0179/2021/KREIS

Herr Ludwig verweist auf Seite 2 der Vorlage und fragt nach den dort genannten weiteren Zuweisungen von Asylbewerbern.

Verwaltungsseitig seien keine konkreten Zuweisungsperspektiven bekannt, antwortet Dr. Hörster. Die Formulierung in der Sitzungsvorlage gebe lediglich die allgemeine Erwartungshaltung wieder. Er wolle sich bei der Ausländerbehörde informieren und im Kreistag darüber berichten.

Der Bericht zum Stand der Integrationsarbeit und zur Entwicklung der Flüchtlingszahlen wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 8: Kostenlose Menstruationsartikel an Schulen;
Antrag der SPD-Fraktion v. 26.05.2021
Vorlage: 0227/2021/KREIS

Frau Heselhaus begründet den Antrag der SPD-Fraktion mit dem Ziel, ein niedrighschwelliges kostenloses Angebot bereitzustellen und verweist auf andere Länder und deutsche Städte, die Menstruationsartikel in den Schulen kostenlos zur Verfügung stellten. Es sei ein Zeichen von Wertschätzung und diene der Enttabuisierung des Themas in der Gesellschaft.

Die Verwaltung habe mit den weiblichen Schulleitungen der Berufskollegs und Förderschulen im Vorfeld über das Thema, kostenlose Menstruationsartikel in Schule zur Verfügung zu stellen, gesprochen, erläutert Fachbereichsleiterin Büning. Diese meldeten zurück, dass bisher von Seiten der Schulgemeinde kein zusätzlicher Bedarf gemeldet worden ist. Alle Schulen in Kreisträgerschaft hätten bestätigt, für Notfälle - zumeist in den Sekretariaten - Menstruationsartikel kostenlos bereitzuhalten. Insbesondere die älteren Schülerinnen an den Berufskollegs würden ihre Bedürfnisse in Hinblick auf Menstruationsartikel ohne Tabu formulieren können. Zu bedenken sei im schulischen Alltag, dass es häufig eine Mitnahmementalität bei kostenlosen frei verfügbaren Materialien gebe und diese dann möglicherweise zweckentfremdet verwendet würden, merkt Frau Büning an.

Frau Nürnberg verweist auf die besondere Situation an der Neumühlenschule, wo die betroffenen Schülerinnen zumeist auch pflegerische Unterstützung benötigen würden und aus diesem Grunde weder eine Automaten- noch eine Körbchenlösung als Verbesserung in Betracht komme.

Es entfacht sich eine rege Diskussion über Bereitstellungsmöglichkeiten in Form von Körbchen oder Automaten in den Toilettenräumen sowie die Notwendigkeit der öffentlichen Zurverfügungstellung. Herr Terbeck hält eine schulinterne Lösung für geeignet.

Herr Ludwig beantragt gem. der Geschäftsordnung für den Kreistag des Kreises Borken den Schluss der Aussprache.

Ausschussvorsitzende Brun nimmt die vorliegenden zwei Wortmeldungen auf:

Die Fraktion B90/Die Grünen unterstütze den Antrag der SPD-Fraktion, teilt Frau Becker mit. Man sei interessiert an Erfahrungswerten anderer Städte. Hinsichtlich der derzeitigen Praxis

erwarte sie Informationszettel in den sanitären Anlagen über die Verfügbarkeit von Menstruationsartikeln in den Schulsekretariaten.

Herr Küstner-Rensing stellt einen Antrag auf **Abänderung des Beschlussvorschlages** des Antrages der SPD-Fraktion wie folgt:

1. *Der Ausschuss für Bildung und Schule beschließt, dass die Verwaltung Erfahrungswerte anderer Schulträger hinsichtlich kostenlos zur Verfügung gestellter Menstruationsartikel im Rahmen von Modellprojekten mit Automaten sammelt.*
2. *Zudem beschließt der Ausschuss, dass die Verwaltung eine kreiseigene Modellschule auswählt, an der sie testweise den Betrieb eines Automaten zur Verfügungstellung kostenfreier Menstruationsartikel bereitstellt*

Beschluss: abgelehnt
8 Ja-Stimmen
10 Nein-Stimmen

Sodann ist die Abstimmung über den ursprünglichen Antrag der SPD-Fraktion erforderlich.

Frau Heselhaus zieht den Antrag der SPD-Fraktion zurück.

Anmerkung der Verwaltung:

Im Anschluss der Sitzung haben Herr Küstner-Rensing und Herr Dr. Hörster sich nach gemeinsamer Aussprache darauf verständigt, dass ihre in der Sitzung zu Protokoll gegebenen Erklärungen nicht in die Niederschrift aufgenommen werden müssten.

Punkt 9: Mitteilungen der Verwaltung

Punkt 9.1: BNE-Regionalzentren

Dr. Hörster freut sich über den Gewinn der Stiftung Natur und Landschaft Westmünsterland beim Landes-Wettbewerb „Kooperation.Konkret.2021“ und weist auf die den Ausschussmitgliedern vorgelegte Presseinformation des Landesministeriums für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz hin. Den Aufbau des Regionalzentrums Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) habe der Kreis Borken im Jahr 2019 finanziell unterstützt.

Punkt 10: Anfragen

**Punkt 10.1: Bekenntnisschulen im Westmünsterland;
Anfrage der Fraktion Bündnis90/Die Grünen v. 21.05.2021
Vorlage: 0212/2021/KREIS**

Die Antwort der Verwaltung zur Anfrage der Fraktion B90/Die Grünen werde dem Protokoll beigelegt, informiert Frau Büning (**Anlage 1**).

Punkt 10.2: Förderprogramm "Extra Zeit zum Lernen"

Herr Kernebeck erkundigt sich, ob der Kreis Borken das Förderprogramm „Extra Zeit zum Lernen“ in Anspruch nehme.

Man habe die Schulleitungen über das Programm in Kenntnis gesetzt, aktuell gebe es jedoch keinen Antragswunsch aus den Schulen heraus, so Frau Büning. Weite Anfahrtswege bei zentralen Angeboten würden eine Inanspruchnahme durch Schüler*innen erschweren.

Ende des öffentlichen Teils

Vorsitzende Brun bedankt sich bei den Gästen Herrn Neumann und Herrn Meiners und schließt die Sitzung.



Annette Brun



Sonja Bietenbeck